

## Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Aufregung nach der Wahl hat sich weitgehend gelegt – in der politischen Landschaft in Baden-Württemberg kehrt langsam Normalität ein. Aus kommunaler und auch regionaler Sicht ist es um so wichtiger und notwendig, die Ziele der neuen Landesregierung und die Art und Weise der Umsetzung im Auge zu behalten.

Weder war bei der alten Regierung alles gut, noch sind die Ansätze der neuen Regierung alle schlecht. Es wird von uns Freien Wählern erwartet, ja es ist geradezu unsere Pflicht, die Dinge objektiv und ohne Parteibrille zu betrachten, Lösungsansätze auf sachlicher Grundlage zu suchen und danach zu fragen, was bringt unsere Region voran und was hilft den Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern am besten.

Gemessen an der Ankündigungen vor der Wahl muss es den Städten und Gemeinden nicht bange sein – die Frage ist nur, wie rasch die Wirklichkeit die Versprechungen einholt. Ohne Zweifel besteht die Chance, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Die neuesten Steuerschätzungen lassen für das Land Milliarden-Mehreinnahmen erwarten. Dies ist aber noch kein Verdienst der neuen Landesregierung. Es wird für die neue Regierung darauf ankommen, die hohe Steuerkraft, die der wirtschaftliche Aufschwung mit sich bringt, auch in den nächsten fünf Jahren zu erhalten.

Man kann die Ankündigung der neuen Regierung nur unterstützen, diesen Geldsegen zur Konsolidierung und zur Reduzierung des Schuldenbergs einzusetzen. Dem zuwider laufen Versprechungen, die zu Mehrausgaben führen werden, deren Finanzierung noch nicht dargelegt wurde.

Die Herausforderungen an die Kommunen in der Kinderbetreuung und Bildung sind größer denn je. Dazu bedarf es eines deutlich größeren finanziellen Spielraums. Daher ist es notwendig, dass jetzt die Vorwegentnahmen aus dem kommunalen Finanztopf beendet werden. Es wird sich zeigen, ob der Aussage, dass die Kommunen die tragende Säule des Landes sind, auch Taten folgen.

Es mutet seltsam an, dass sich eine von der CDU geführte Verwaltung des Verbands Region Stuttgart schon wenige Tage nach der Wahl an eine grün-rote Landesregierung gewandt hat, um das einzufordern, was die bisherigen Regierungen aus gutem Grunde nicht aufgegriffen haben. So hat sich die Verwaltung des Verbands Region Stuttgart, wie schon bei Wahlen in der Vergangenheit, bei der neuen Regierung sofort mit dem Begehren gemeldet, dem Verband mehr Zuständigkeiten zu übertragen. Dabei wird verkannt, dass es nicht darauf ankommt, wer zuständig ist, sondern wer besser in der Lage ist, Aufgaben bürgernah und wirtschaftlich zu lösen. Nicht umsonst geht unsere Landesverfassung vom Grundsatz der Subsidiarität aus. Der Region dürfen nur Zuständigkeiten übertragen werden, wenn diese die Leistungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise übersteigen oder wenn es sich um eine regional bedeutsame Aufgabe handelt, bei der es notwendig ist, sie in der Region einheitlich zu erfüllen.

Immerhin hat man sich im Koalitionsvertrag nur darauf verständigt, Veränderungen in der Zuständigkeit des Verbands zu prüfen. Von einer Übertragung des Krankenhauswesens und der Berufsschulen auf die Region ist nicht mehr die Rede. Auch der Überlegung, den gesamten ÖPNV (einschließlich der Busverkehre) auf den Verband zu übertragen, kann man gelassen gegenüber stehen. Neben rechtlichen Hindernissen stehen auch wirtschaftliche Gründe und die Erkenntnis im

Raum, dass man auf örtlicher Ebene die Notwendigkeiten eines nachfragegerechten Bussystems besser beurteilen kann. Ein funktionierender ÖPNV ist in unserem Ballungsraum unverzichtbar. Er kann aber nur nachhaltig gewährleistet werden, wenn die Kommunen, die fast 50 % des Defizits tragen müssen, dies auch auf Dauer leisten können.

### Ein Wort zu Stuttgart 21:

Wer Bürgerbeteiligung propagiert, kann sie nicht nur dann durchführen, wenn das erwartete Ergebnis mit den eigenen parteipolitischen Vorstellungen übereinstimmt. Es bleibt zu hoffen, dass die Spielregeln der Demokratie und die Erkenntnis, dass Verträge zu halten sind, gewahrt werden und nicht parteipolitischem Kalkül geopfert werden.

Wir Freien Wähler sehen die neue landespolitische Situation pragmatisch und – was die angekündigten Veränderungen in der Schullandschaft anbelangt – durchaus kritisch. In allen Städten, Gemeinden und Landkreisen gilt es darauf zu achten, dass nicht politische Aussagen, sondern das Wohl unserer Kinder das Maß der Dinge bleiben.

Nachdem die Ferienzeit naht, wünschen wir Ihnen und uns ein ruhiges kommunales Fahrwasser, das in verschiedener Hinsicht mehr Raum für Entspannung lässt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Regionalfraktion

Andreas Hesky, Peter Aichinger,  
Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer,  
Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle,  
Wilfried Dölker, Rainer Gessler,  
Joachim Hülscher, Heinz Kälberer,  
Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess,  
Bernhard Maier, Markus Nau,  
Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann

## Neue Aufgaben für die Region dürfen Kommunen nicht belasten

*Freie Wähler: Wer bestellt bezahlt.*

Es ist fast paradox – der Vorsitzende des Verbands Region Stuttgart, Thomas Bopp (CDU), hofft bei zusätzlichen Aufgaben auf die neue grün-rote Landesregierung. In der Vergangenheit ist der Verband bei seinem ständigen Bemühen, mehr Kompetenzen zu erhalten, auf große Zurückhaltung gestoßen. Nach Auffassung der Regionalfraktion Freie Wähler war und ist dies richtig, denn ihr kommt es nicht darauf an, wer zuständig ist, sondern welche Ebene die Aufgaben am effektivsten, wirtschaftlichsten und vor allem bürger-nah erledigt.

Im Vorfeld der Landtagswahl hatten die Parteien SPD und Grüne zum Teil weitreichende Änderungen in der Zuständigkeit des Verbands Region Stuttgart in Betracht gezogen. Die Rede war von der Trägerschaft für Krankenhäuser und Berufsschulen und der kompletten Übertragung des Öffentlichen Personennahverkehrs. In der Konsequenz hätte dies die Auflösung der Landkreise, die Schaffung eines Mammut-Regionalkreises mit Abschaffung des Regierungspräsidiums und eine neue Gemeindereform zur Folge gehabt. Davon ist jetzt im Koalitionsvertrag nicht mehr die Rede. Man will lediglich noch prüfen, welche Änderungen in Betracht kommen könnten.

Die unter anderem aufgeführte Attraktivitätssteigerung des ÖPNV wird auch von den Freien Wählern für sinnvoll und notwendig gehalten. Allerdings müssen auch hier die wirtschaftlichen Grenzen gesehen werden, denn nur ein bezahlbarer ÖPNV ist auch ein nachhaltiger. Aufhorchen lässt ein Satz im Koalitionspapier, der die Erschließung eigener Finanzierungsquellen für den ÖPNV zugunsten der Kommunen in Betracht zieht.

Dies sieht sehr nach einem direkten Griff in die Taschen der Bürger und der Wirtschaft aus. Die vorgesehene Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,5 Punkte auf 5 Punkte (ein Plus von 43 %) lässt grüßen.

Mit Sorge vernehmen die Freien Wähler Äußerungen, die eine Gefährdung des Automobilstandorts Region Stuttgart bedeuten könnten. Daran hängen Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Auch der nach wie vor notwendige Ausbau- und Neubau wichtiger Straßen muss ideologiefrei angegangen werden.

Die Freien Wähler fordern mit allem Nachdruck von der neuen Landesregierung, dass sie den Kommunen keine neuen Lasten aufbürdet. Sie können diese nicht mehr tragen. Die Finanzkrise ist noch lange nicht überwunden, der Schuldenberg der Kommunen ist gewaltig ge-

wachsen und auf den Gebieten der Kinderbetreuung, Familienförderung und Bildung steigen die Herausforderungen stetig an. Dies gilt vor allem angesichts der landespolitischen Ziele zur Bildungsreform. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Starke Kommunen – starkes Land.“ Daran werden die Freien Wähler die neue Regierung messen. Auch daran, wie sie das Konnexitätsprinzip (Trägerschaft und Finanzverantwortung in einer Hand) beachtet, das sie für verbindlich erklärt hat.

Wir verlangen, dass neue Aufgaben für die Region oder deren Ausbau nur in Betracht gezogen werden, wenn zuvor deren Finanzierung durch das Land verbindlich geklärt ist. Keinesfalls dürfen die Landkreise, Städte und Gemeinden zusätzlich belastet werden. Auch Steuererhöhungen wären Gift für die wieder angelaufene Konjunktur. Wir werden dies mit wachen Augen verfolgen.





## Freie Wähler: Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

*Beitrag des Verbands Region Stuttgart nur innerhalb regionaler Grenzen*

Klimaschutz durch CO<sup>2</sup>-Minderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nimmt auch den Verband Region Stuttgart als verantwortliche Ebene für Raumplanung, Öffentlichen Personennahverkehr und Wirtschaftsförderung in die Pflicht. In einem umfangreichen Paket hat der Verband jetzt seine Aktivitäten und Ziele auf diesem wichtigen Zukunftsfeld zusammengestellt. Schwerpunkte sind ein regionales Energie- und Klimaschutzkonzept, neue Standorte für Windkraftanlagen und Flächenangebot für Solarenergie. Die Fraktion Freie Wähler sieht die Notwendigkeit, dass der Verband hier stärker als bisher in Erscheinung tritt, mahnt aber die Begrenzung auf die regionale Aufgabenstellung an.

Klimawandel und Energiewende sind nicht erst seit der Japan-Katastrophe die großen Herausforderungen der Zukunft. Es ist aber auch klar, dass dies zu enormen Kosten führen wird. Deshalb muss auch mit den finanziellen Ressourcen nachhaltig umgegangen werden. Dies gilt auch für die knappen Mittel des Verbands, der sich im Wesentlichen aus Umlagemitteln, die die Kommunen aufbringen müssen, finanziert. Die Gemeinden haben die Finanzkrise noch lange nicht überwunden und stehen vor enormen Aufgabenstellungen auf den Gebieten Familienförderung und Bildung. Nach Auffassung der Fraktion Freie Wähler ist es nicht Aufgabe des Verbands, das Rad neu zu erfinden und Umweltpolitik zu machen. Hier sind Bund und Land gefordert. Vielmehr soll der Verband gezielt seine gesetzlichen Möglichkeiten einsetzen. Darunter verstehen die Freien Wähler: Klimaschonende Siedlungsentwicklung, Standortsicherung für Energieerzeugungsanlagen, Regionalverkehrsplanung, Ausbau und Ver-

besserung des S-Bahn-Angebots und vor allem Information und Kommunikation in einem regionalen Netzwerk.

Skeptisch steht die Fraktion der Erarbeitung teurer und umfangreicher Gutachten und Datensammlungen gegenüber. Diese kosten viel Geld ohne großen praktischen Nutzen. Diese Mittel sind in einer Verbesserung des ÖPNV sinnvoller aufgehoben.

Nachdem die Landespolitik schon unter Führung von CDU/FDP eine Neuausrichtung in der Nutzung der Windkraft eingeleitet hat, ist hier der Verband ganz konkret gefordert. Die Ausweisung neuer Standorte für Windkraftanlagen erfordert eine besonders sorgfältige Planungsarbeit. Durch Nabenhöhen jenseits der 100-m-Marke werden zwar neue Möglichkeiten eröffnet, zugleich steigt aber das Konfliktpotenzial mit dem Landschafts- und Naturschutz. Die Freien Wähler fordern eine frühzeitige Einbindung der Gemeinden und eine umfassende Bürgerbeteiligung. Man muss für Windkraftanlagen an sensiblen Standorten Akzeptanz erreichen, sonst sind streitige Auseinandersetzungen und Verzögerungen unvermeidlich.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht die Verbandsgeschäftsstelle im weiteren Ausbau der Fotovoltaik. Die Solardachbörse, in der sich Anbieter und Investoren zusammensuchen, soll um die Auflistung geeigneter Brachflächen erweitert werden. Über die Wirtschaftsförderung sind Informationsveranstaltungen geplant. Die Nutzung der Fotovoltaik kann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende liefern. Hier sind aber alle aufgefordert, geeignete Dach- und Brachflächen für eine Nutzung zur Verfügung zu stellen. Aber auch der Einsatz nachwachsender Rohstoffe oder die Solarthermie sowie der verstärkte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung dürfen nicht vernachlässigt werden. Wir müssen verstärkt auf regenerative Energien setzen, die wir selber erzeugen, um endliche Ressourcen und unser Klima zu schützen. Dies hilft auch, dass die Strom-, Heizungs- und Treibstoffkosten in Zukunft bezahlbar bleiben. Die Wertschöpfung muss in der Region bleiben. Das ist ein Zukunftsmarkt. Der Verband Region Stuttgart kann auf diesem Feld seine Stärke als Planungsverband ausspielen und auch Initiativen ergreifen, um durch Aufklärung und Information Widerstände abzubauen.



Foto: Christian Wagner/Wikipedia

## Freie Wähler für Ausbau der Binnenschifffahrt

Wichtiger Beitrag zur Entlastung des Straßennetzes

Die Region Stuttgart droht im Dauerstau zu erstickten. Die zunehmende Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße verschärft diese Situation zunehmend. Auch der notwendigen Abwicklung des Transports von Gütern und Waren durch die Schiene sind Grenzen gesetzt. Dagegen bietet die Wasserstraße Neckar für die Region Stuttgart die Chance, erhebliches Transportvolumen zu verlagern und somit die Straßen zu entlasten.

Entsprechende Potentiale zeigt die Grundlagenuntersuchung des Landes Baden-Württemberg zu einer Binnenschifffahrts- und Hafenkonzepktion auf. In diesem Gutachten wird insbesondere den Neckarhäfen Stuttgart und Plochingen attestiert, dass sie ihr Umschlagvolumen vervielfachen können. Schon heute entspricht der Transportrahmen auf dem Neckar knapp 300.000 zusätzlichen LKW.

Die Fraktion Freie Wähler in der Regionalversammlung setzt sich deshalb seit Jahren für den Ausbau der Binnenschifffahrt und die Stärkung der Neckarhäfen ein. Im Rahmen einer Fraktionssitzung hat sich die Fraktion Freie Wähler nun im Neckarhafen Plochingen über die aktuelle Situation informiert. Bereits Anfang März wurde ein Bericht im zuständigen Ausschuss der Region über die Hafenentwicklung beantragt, um die Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Im Rahmen dieser Sitzung machte Plochingens Bürgermeister Frank Buß deutlich, dass eine funktionierende Güterlogistik unverzichtbare Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart und somit für unseren Wohlstand ist. Die Neckarhäfen sind bereit, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Zur aktuellen Situation der Binnenschifffahrt berichtete Hafendirektor Eberhard Weiß, dass die Neckarhäfen in Stuttgart und Plochingen beim Güterumschlag erhebliche Steigerungspotentiale haben. Die Verbindung von Wasser, Schiene und

Straße sind Alleinstellungsmerkmale, die Hafenflächen besonders wertvoll machen, zumal im Wirtschaftsraum Stuttgart der Güterverkehr weiter steigen wird. So erwartet er eine deutliche Zunahme der Kohleanlieferung für das Kraftwerk Altbach aufgrund des Atomausstiegs. Dies gilt auch für die Übersee-logistik von Mercedes-Benz in Stuttgart. Die Neckarhäfen müssen für die Zukunft fit gemacht werden.

In diesem Zusammenhang wies der Fraktionsvorsitzende, Oberbürgermeister Andreas Hesky aus Waiblingen, nochmals auf die große Bedeutung der Schleusenverlängerungen hin. Er forderte den Verkehrsminister Winfried Herrmann auf, dieses wichtige Zukunftsprojekt der Region Stuttgart zum Chefthema zu machen und sich mit Nachdruck für den notwendigen Ausbau des Neckars einzusetzen. Die Fraktion Freie Wähler unterstützt deshalb die entsprechenden Resolutionen der Metropolregion und der IHK Stuttgart.

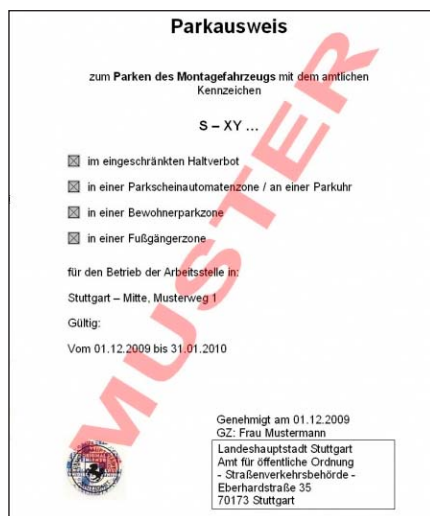


Freie Wähler vor Ort - Neckarhafen Plochingen



## Freie Wähler beantragen regionsweiten Handwerkerparkausweis

Wer Service bringt, sollte auch Service erhalten



Quelle: [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de)

Welcher Handwerker kennt das Problem nicht: Man soll rasch eine Dienstleistung erbringen und benötigt zum Abstellen des Fahrzeugs einen Parkausweis. Wer einen solchen Ausweis braucht, muss diesen bisher in jeder Gemeinde getrennt beantragen. Hier will die Fraktion Freie Wähler in der Region einen besseren Service für die Handwerksfirmen: Einen regionsweit gültigen Parkausweis. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion an den Verband Region Stuttgart gestellt.

Der Kunde erwartet von seinem Handwerker einen guten und schnellen Service. Doch häufig muss das Hindernis von Park- oder Halteverboten oder Fußgängerzonen überwunden werden. Die Gemeinden stellen auf Antrag hierfür Sonderparkausweise für Handwerksfirmen zur Verfügung. Für Firmen, die in mehreren Städten und Gemeinden tätig sind, bedeutet dies für jede Kommune einen solchen Ausweis. Um diesen büro-

kratischen Aufwand zu reduzieren, schlagen die Freien Wähler einen regionsweit gültigen Parkausweis vor.

Da für die Erteilung die Städte und Gemeinden zuständig sind, hat die Regionalfraktion beantragt, dass der Verband Region Stuttgart eine moderierende Rolle übernimmt, damit ein solcher Ausweis Wirklichkeit werden kann. Wer guten und schnellen Service bringt, kann von der öffentlichen Hand das Gleiche erwarten. Die Metropolregion Rhein-Neckar ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Dort können Handwerksfirmen diesen Ausweis in allen 290 Kommunen der Region nutzen.

## Mitgliederversammlung der Freien Wähler

Bei der Mitgliederversammlung des Landesverbands Freie Wähler Baden-Württemberg e.V. wurde Heinz Kälberer aus Vaihingen/Enz in geheimer Wahl mit einem hervorragenden Ergebnis für weitere zwei Jahre wiedergewählt. Wiedergewählt wurden auch Thomas Farian (Markgröningen) als Schatzmeister, Peter Aichinger (Stuttgart) und Gerhard Waldbauer (Remseck) als Beisitzer sowie Karl-Heinz Kempe (Stuttgart) als Schriftführer. Neugewählt wurde Ralph Schäfer

(Esslingen) als Pressereferent. In seinem Grundsatzreferat setzte sich der Landesvorsitzende Heinz Kälberer ausführlich mit der grün-roten Koalitionsvereinbarung auseinander und formulierte die Forderungen der Freien Wähler an die neue Landesregierung. Dabei ging er insbesondere auf die Bedeutung einer guten finanziellen Ausstattung für die Städte und Gemeinden ein. Er betonte, dass die wohnortnahen Einrichtungen der Daseinsfürsorge weiterentwickelt und die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden müssen. Den Ausschluss der Bürgermeister bei Kreistagswahlen lehnt er ausdrücklich ab.

Dies unterstützte der Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, Landrat Helmut M. Jahn, als Gastreferent ausdrücklich und verwies darauf, dass der Fachverstand und die Kenntnis der Kreiskommunen für die Arbeit im Kreistag wichtig sind. Jahn zeigte sich dafür offen für eine Volkswahl der Landräte.

Außerdem wurde beschlossen, dass die nächste Verbandsversammlung des Landesverbands Freie Wähler Baden-Württemberg e.V. am 21. April 2012 in Wernau (Neckar) stattfindet. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon heute vor, damit eine hohe Präsenz der aus der Region Stuttgart sichergestellt ist.



Der neugewählte Landesvorstand

## Freie Wähler ins Netz

Die Hälfte der Kommunalwahlperiode 2009 bis 2014 ist bald vorbei, in etwa zwei Jahren beginnen für die meisten Ortsverbände die Planungen für die nächste Gemeinderats- und Kreistagswahl. Deshalb ist jetzt ein guter Zeitpunkt für alle Ortsverbände, die bisher keinen eigenen Internetauftritt haben, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Die Freien Wähler in der Region Stuttgart bieten dafür weitgehende Unterstützung an, indem sie einen gemeinsamen Auftritt unter [www.freiewaehler.de](http://www.freiewaehler.de) vorbereitet haben, ein geeignetes Werkzeug bereitstellen und auch einen Rahmenvertrag mit einer Agentur abgeschlossen haben.

Seit Mitte 2010 wird für die Realisierung der Web-Auftritte die Software WordPress anstelle der bisher eingesetzten Software Contribute eingesetzt. Etwa zehn Ortsverbände haben auch bereits auf diese neue Lösung umgestellt.

Mit wenigen Stichworten sollen die Vorteile von WordPress gegenüber der bisherigen Lösung dargestellt werden:

- Es handelt sich um Open Source Software, es fallen also keine Lizenzgebühren an.
- Das System arbeitet web-basiert, so dass keine Installation am lokalen Rechner notwendig ist. Es ist deshalb auch möglich, dass mehrere Redakteure nebeneinander am Auftritt eines Ortsverbandes arbeiten können.
- WordPress erlaubt die Interaktion mit dem Nutzer, Besuchern der Webseiten kann die Kommentierung von Beiträgen ermöglicht werden.
- Die Einbindung neuerer Techniken wie z.B. Videos ist einfach möglich.
- Besucher-Statistiken können erstellt werden.



Der Auftritt des Ortsverbandes Remseck [www.remseck.freiewaehler.de](http://www.remseck.freiewaehler.de) ist bereits auf WordPress umgestellt

- Die Ortsverbände können geschlossene Bereiche anlegen, die nur von Mitgliedern mit Passwort erreicht werden können.
- WordPress ist einfach bedienbar.

Das Angebot der Freien Wähler in der Region, einen Internet-Auftritt mit WordPress auf dem Webserver der Freien Wähler aufzubauen, richtet sich sowohl an Ortsverbände, die bisher noch keine eigene Präsenz im Internet haben als auch an Ortsverbände, welche die technische Basis wechseln möchten und von Contribute oder von einer anderen Technik zu WordPress migrieren wollen. Die einmaligen Kosten für die Basis-Installation samt Musterseiten belaufen sich je Ortsverband auf rund 100 Euro, für die Übernahme von bestehenden Beiträgen aus dem Contribute-System in die neue Technik sowie für die Einrichtung einer detaillierten Besucherstatistik fallen Kosten von jeweils 80 Euro an (jeweils zzgl. MwSt.)

Im Jahr 2010 wurden in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für Kommunalpolitik (BfK) halbtägige Seminare am Samstagvormittag zur Einführung von Vertretern der Orts- und Kreisverbände der Freien Wähler in die Erstellung und Pflege von Internet-Auftritten mit der Software WordPress veranstaltet.

Im Herbst 2011 wollen wir bei entsprechender Nachfrage zwei weitere halbtägige Seminare in Stuttgart anbieten, in denen Sie die Möglichkeiten von WordPress erfahren und die Bedienung des Systems erlernen können.

**Bitte melden Sie Ihr Interesse bis spätestens 31.08.2011 beim BfK an:**  
[bfk-bildungswerk-bw@t-online.de](mailto:bfk-bildungswerk-bw@t-online.de)  
 Tel.: 0711 6409725

**Auskünfte zu den Seminaren erteilt:**  
 Gerhard Waldbauer aus Remseck  
[remseck@freiewaehler.de](mailto:remseck@freiewaehler.de)

**ANSPRECHPARTNER**  
 (V.i.S.d.P.) Alfred Bachofer  
 Paul-Gerhardt-Straße 31  
 72622 Nürtingen  
 Fon (0 70 22) 47 09 09  
 Fax (0 70 22) 24 10 69  
 Mail [A.Bachofer@gmx.net](mailto:A.Bachofer@gmx.net)

**GESTALTUNG**  
 Wager ! Kommunikation GmbH  
 In der Halde 20  
 72657 Altenriet  
 Fon (0 71 27) 9 31 58 07  
 Fax (0 71 27) 9 31 58 08  
[www.wager.de](http://www.wager.de)